

GRÜNE FLÄCHEN RETTEN – HITZESCHUTZ JETZT!

Bitte unterschreiben Sie auf
www.gruene-flaechen-retten.de

Thema Umweltgerechtigkeit

Intakte Natur
einerseits und Lärm,
Hitze und Abgase ander-
seits sind höchst unge-
recht verteilt

Karte: Geoportal Brandenburg (GDI BB)

Gutes Leben für alle!

Wie stark die einzelnen Menschen unter verschmutzter Umwelt, zerstörter Natur und den Folgen der Klimakrise leiden, hat viel mit ihrer finanziellen Situation zu tun: Je ärmer, desto mehr mutet man ihnen zu. Und zwar an Problemen, die andere stärker verursacht haben. Deshalb ist konsequenter Umwelt- und Naturschutz eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

In den Innenstadtbezirken ballen sie sich, die dunkelroten und schwarzen Flecken. Der Berliner Umwelatlas dokumentiert, in welchen Gebieten die Umweltbelastungen besonders groß sind – und welche sozioökonomischen Bedingungen vor Ort bestehen. Die Farbe Schwarz steht dort für eine fünffache Belastung: große Hitzeanfälligkeit, schlechte Versorgung mit Grünflächen, viel Lärm, starke Abgasbelastung und obendrein niedrige Einkommen beziehungsweise hohe Arbeitslosigkeit. Fast ein Fünftel der Berliner Bevölkerung lebt in Gebieten, in denen von den vier Merkmalen Hitze, Versiegelung, Lärm und Abgase mindestens drei im roten Bereich liegen. Sprich: Den Menschen werden ungesunde Bedingungen zugemutet. Zwei Drittel dieser Gebiete wiederum liegen innerhalb des S-Bahnrrings.

Müßig zu erwähnen, dass sich niemand diese Wohnbedingungen freiwillig aussucht. Ein „Zieh doch weg“ ist kein hilfreicher Rat, sondern nur der plumpe Versuch, unliebsame Diskussionen zu unterdrücken. Ob es nun um Lärm, gefährliche Straßen, Mangel an Stadtnatur oder die sinnbefreite Silvesterböllerei geht.

Manchmal ist der ökonomische Druck so hoch, dass von Umweltungerechtigkeit Betroffene einen für sie nachteiligen Zustand nicht nur ertragen, sondern sogar zu verlängern versuchen. Prominentes Beispiel aus der jüngeren Berliner Vergangenheit: Anwohnende

der Tegeler Einflugschneise warben aus Sorge vor steigenden Mieten für den TXL-Erhalt, obwohl sie selbst aus finanziellen Gründen nie flogen. Was hätte es ihnen angesichts der überall obszön steigenden Mieten gebracht? Wäre Tegel noch in Betrieb, so litten die Anrainer*innen heute unter beidem: Fluglärm und höheren Mieten.

Recht auf Ruhe

Gerade weil der Wohlstand so ungerecht verteilt ist, muss der Anspruch lauten: intakte Natur und gesunde Umwelt für alle! Das gilt umso mehr, als ein gewisser Zusammenhang zwischen verfügbarem Geld und potenzieller Verantwortung für Umweltzerstörung besteht. Wer mehr besitzt, hat mehr Möglichkeiten, natürliche Ressourcen zu verbrauchen und Schadstoffe freizusetzen. Stichworte Vielfliegerei, Beheizung riesiger Wohnungen, Poolbefüllung trotz Wassermangel ... Als wäre das noch nicht ungerecht genug, hilft Geld enorm, die schon spürbaren Folgen der Klimakrise abzufedern, Stichwort Zweitwohnsitz im Grünen.

Aber um Missverständnisse zu vermeiden: Weder müssen die Wohlhabenden automatisch umweltzerstörerische Entscheidungen treffen, noch können die weniger Begüterten moralische Überlegenheit beanspruchen, nur weil sie aus Geldmangel einen nachhaltigen Lebensstil pflegen (müssen). Global gesehen haben wir alle in Deutschland ohnehin einen überdurchschnitt-

lich großen ökologischen Fußabdruck. Das zeigt sich nicht nur beim Vergleich von CO₂-Emissionen pro Kopf.

Interessant sind auch die unterschiedlichen Ansprüche, die wir beim Erhalt der Natur stellen. Wie können wir von den Leuten in Nepal erwarten, mit wildlebenden Nashörnern, Tigern und Elefanten klarzukommen, wenn wir schon mit dem Wolf überfordert sind? Wie kann Deutschland glaubhaft für den globalen Schutz der Wälder werben, wenn es in Brandenburg immer noch möglich ist, Wald für eine Dosenfabrik zu roden (siehe Seite 3)?

Besser jetzt investieren

Umweltgerechtigkeit herzustellen bedeutet mehr, als nur die umweltbezogenen Folgen von ungleicher Vermögensverteilung zu reparieren. Es geht nicht zuletzt um Generationengerechtigkeit. Dass die heutige Politik kaum ernsthafte Bemühungen unternimmt, die globale Erwärmung zu bremsen, müssen die Menschen in den kommenden Jahrzehnten ausbaden (aber mit weniger Wasser).

Um dies zu ändern, fordert der BUND anlässlich der laufenden Verhandlungen über den nächsten Brandenburger Landeshaushalt erstens einen verbindlichen Klimacheck: Jeder Haushaltsposten soll nach klaren Kriterien als klimaschutzförderlich, klimaneutral oder klimaschädlich gekennzeichnet werden. Dasselbe gilt für alle Gesetze,

Programme und Förderungen. Daraus folgt logischerweise der Abbau klimaschädlicher Subventionen. Zweitens wird es Zeit für ein Brandenburger Sondervermögen Klimaschutz in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich. Dieses Geld ist nötig, um den Wald mit Blick auf kommende Dürren umzubauen und Moore wiederherzustellen; sprich: um funktionierende Treibhausgassenken zu sichern. Eines muss endlich bei der rot-schwarzen Koalition in Potsdam ankommen: Klimaschutz ist keine Belastung, sondern eine Investition, um riesige Probleme und Kosten in der Zukunft zu vermeiden.

In Berlin steht am 20. September eine Richtungsentscheidung an: Gibt es im neuen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für eine andere Verkehrspolitik, die den Platz auf den Straßen gerecht verteilt und auch die Sicherheit von nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen ernst nimmt? Bekommt die Wärmewende (Seite 4) eine Chance? Kommt jetzt die überfällige Steuer auf Einwegverpackungen in der To-go-Gastronomie? Kann sich der nächste Senat dazu aufraffen, die Bäume und Grünflächen zu erhalten (Seite 5)?

Die Berliner*innen haben es in der Hand, ob es im neuen Abgeordnetenhaus den politischen Willen für Umweltgerechtigkeit gibt.

BUND-Forderungen zur Abgeordnetenhauswahl: www.BUND-berlin.de/wahl sp



Foto: Marc Beckmann

Liebe Leser*innen,

es ist ja nicht so, dass in den vergangenen Wochen und Monaten Gerechtigkeitsfragen nie Thema waren. Renten, Krankenversicherung, Schirripfiffe bei der Fußball-WM, all das wurde breit diskutiert. Erstaunlich selten ging es aber um Umweltgerechtigkeit.

Obwohl es Anlässe dazu reichlich gab. Schließlich erleben wir wieder einen Sommer mit noch nie gemessenen Rekordtemperaturen, mit einer steigenden Zahl von Hitzetoten, mit ausgetrockneter

Landschaft, sinkenden Grundwasserständen und Niedrigwasser in Flüssen und Seen. Wie kann es angesichts dessen sein, dass die Versiegelung voranschreitet, dass es keine politische Handhabe gegen Wasserverschwendung im industriellen Maßstab gibt? Und was ist mit der Ursache der Hitze – wie kann die menschengemachte globale Erwärmung erschreckend vielen Menschen, nicht zuletzt auch in politischen Führungspositionen, nur noch als ein nachrangiges Problem gelten?

Diese ungerechten Zustände muss man nicht hinnehmen. Wir als BUND fordern hartnäckig effektiven Klimaschutz und nötige Klimapassungsmaßnahmen, wir machen uns für den Erhalt des wohnortnahen Grüns stark, wir werben für Gerechtigkeit bei den Wasserpreisen. Um nur drei Themen zu nennen, die direkt mit der Hitze zu tun haben. Was ansonsten in Sachen Umweltgerechtigkeit auf unserer Agenda steht, lesen Sie in dieser BUNDzeit.

Mit sommerlichen Grüßen

C. Preuß

Vorsitzender
BUND Brandenburg

R. Schwarz

Vorsitzende
BUND Brandenburg

Isabelle Ritter

Vorsitzende
BUND Berlin



Wie sauber ist Ihr Grundwasser?

Menschen in den Landkreisen Uckermark und Märkisch Oderland aufgepasst: Besitzen Sie einen Brunnen? Und wüssten Sie gern, ob Ihr Wasser mit Nitrat belastet ist? Dann spendiert Ihnen der BUND einen Test.

Schreiben Sie uns an brunnen@BUND-brandenburg.de und wir schicken Ihnen einen kostenlosen Schnelltest zu. Bei auffälligen Werten organisieren wir eine professionelle Zweitmessung.

Foto: Sebastian Petrich

THEMA

Zankapfel Wasser

Dass die Ressource Nummer eins knapp wird, zeigt sich bei der Novellierung des Brandenburger Wassergesetzes

Seen: Brandenburgs bedrohte Schätze
www.BUND-brandenburg.de/seenreport

Wasserkrise bei Cottbus:
Taugt der Ostsee als Wasserspeicher?
www.BUND-brandenburg.de/ostsee

Was der BUND schon vor einigen Jahren mit seinem Seenreport für ausgewählte Gewässer dokumentiert hat, zeigt sich spätestens im diesjährigen Dürresommer flächendeckend: Brandenburg trocknet langsam aus, in allen Landkreisen steht das Grundwasser unter Stress. Das ist problematisch in einem Land, das fast sein ganzes Trinkwasser aus dem Grundwasser gewinnt. Allmählich ist diese Erkenntnis auch in der Politik angekommen. Die rot-schwarze Koalition will das Wassergesetz überarbeiten. Schon bei der ersten informellen Beteiligung der Interessenverbände zeigte sich, dass dieser Prozess von einem zähen Ringen begleitet sein wird. Kein Wunder, es geht schließlich um Themen wie die künftige Nutzung der Gewässerrandstreifen, um Wasserpreise, um den Abbau von Privilegien.

Erbitterte Auseinandersetzungen dürfte es beim Thema Gewässerrandstreifen geben. Bislang sind nur fünf Meter Uferzone für die Landwirtschaft tabu. Um die Oberflächengewässer vor Düngemittel- und Pestizideinträgen zu schützen, fordert der BUND 30 Meter Abstand zu Seen und zehn Meter zu Fließgewässern.

Das novellierte Wassergesetz muss das Prinzip des Wasserrückhalts fest schreiben. Wasser in der Landschaft zu halten, um den Wasserhaushalt zu stabilisieren: Das sollte oberstes Ziel der Gewässerunterhaltung sein. Bislang dreht sich alles um den „schadlosen Abfluss“ des Wassers. Es gilt umzudenken: Niederschläge sollen künftig immer ortsnahe versickern. Nur wenn es gar nicht anders geht, dürfen sie in die Mischkanalisation gelangen. Wo Wohngebiete gebaut oder saniert werden, muss das sogenannte Grauwasser, also das gering verschmutzte Abwasser aus Dusche, Waschbecken und Waschmaschine, für die Toiletten-spülung genutzt werden. Das senkt den Trinkwasserverbrauch erheblich.

Ungerechte Wassergebühren

An effizienterem Trinkwasserverbrauch müssten alle ein großes Interesse haben, denn billiger wird das Wasser für niemanden. Aber die Preisgestaltung muss fairer werden. Bisher zahlen Privatverbraucher*innen für Trinkwasser am meisten. Landwirtschaftliche Betriebe dagegen bekommen Wasser aus

Flüssen und Seen kostenlos, für Beregnung mit Grundwasser müssen sie nur sieben Prozent des regulären Entgelts zahlen. Dieses Privileg stützt sich auf die wissenschaftlich nicht haltbare Annahme, dass bei der Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen 93 Prozent des Wassers wieder ins Grundwasser sickern.

Preise sollen lenken

Geht es nach dem BUND, so sorgen künftig folgende Preise für Transparenz, Fairness und Sparanreize: 15 Cent pro Kubikmeter für Grundwasser, 10 Cent für Trinkwasser aus Grundwasserförderung und fünf Cent für Oberflächenwasser. Um die Landwirtschaft nicht zu stark zu belasten, könnte diese Preisanpassung über mehrere Jahre laufen. Denkbar wären auch Nachlässe für besonders sparsame oder bodenschonende Bewirtschaftungsmethoden.

Wichtig: Das Wassergesetz muss die Möglichkeit schaffen, einmal erteilte Erlaubnisse zur Wasserentnahme vorübergehend auszusetzen oder ganz zu widerrufen.

Unbedingt muss die geplante Novelle eine gigantische Umweltungerechtigkeit korrigieren: Momentan zahlt der größte Wasserverbraucher im Land, der Braunkohleförderer und -verbrenner Leag, überhaupt keine Wassergebühren. Der BUND findet: Das darf nicht bis zum Ende der Kohleförderung 2038 so weitergehen!

Wie wenig Respekt die Leag dem kostbaren Nass entgegenbringt, zeigte sich beim Festakt anlässlich der Eröffnung des Fünf-Seen-Verbunds bei Senftenberg. Denn zu feiern gibt es im Lau-sitzer Seenland nichts. Die gefluteten Tagebaulöcher funktionieren nur dank ständigem Pumpbetrieb. Vom Sedlitzer See führt ein unablässiger Grundwasserstrom nach Nordwesten – in Richtung Tagebau Welzow Süd. Das sollte eigentlich eine Dichtwand verhindern. Aber ihr Bau kommt nicht voran. Zuletzt schaffte die Leag weniger als 400 Meter pro Jahr. Bei diesem Tempo dauert es noch bis sieben Jahre, bis der Sedlitzer See kein Wasser mehr verliert.

„Wir Bürger*innen nutzen acht Prozent des Wassers, Red Bull 92 Prozent“

Petra Liesenfeld und Klaus Axenknopf vom Ressourcen-Bündnis Baruth über Brauseproduktion im Wasserschutzgebiet, tonnenschwere Aluminiumreste und verschwundene Seen

Warum ist Baruth so interessant für wasserintensive Industrie? Gewässer sieht man hier kaum.

Klaus Axenknopf: Wir sind das Gegenteil von Grünheide. Wenn man dort wie Elon Musk mit dem Flieger einschwebt, denkt man: so viel Wasser. Darauf ist Tesla hereingefallen. Bei uns ist es genau umgekehrt: Wir haben das Wasser unter der Erde und oben ist der nächste See gut 16 Kilometer weg. Es war aber nicht immer so. Leute aus dem Dorf erzählten, dass sie hier noch schwimmen gelernt haben. Es gibt eine Kiesgrube, wo wir vor 15 Jahren noch baden konnten. Wie die Pegel sinken, sieht man in der Radelandsiedlung. Weil die Leute dort nicht ans Wassersystem angeschlossen sind, sind sie auf Brunnen angewiesen. Die müssen sie immer tiefer bohren.

Petra Liesenfeld: Wir haben hier drei verschiedene Grundwasserleiter. Der oberste ist nitrat- und antibiotikabelastet und nicht als Trinkwasser geeignet. Darunter liegt der sehr saubere Grundwasserleiter zwei. Aus dem bekommen sowohl wir, die Bevölkerung, als auch Red Bull Trinkwasser. Wir nutzen ungefähr acht Prozent dieses Wassers, 92 Prozent geht an die Industrie. Ganz unten liegt Grundwasserleiter drei, den darf niemand anzapfen, das ist uraltes Wasser aus der Eiszeit. Nun haben alle Fachleute, mit denen wir gesprochen haben, erklärt, dass jeder Grundwasserleiter mit den anderen verbunden ist, was unser örtlicher Wasserversorger bestreitet. Er argumentiert, kein Baum habe 100 Meter lange Wurzeln, deshalb könne die Entnahme nichts mit der Trockenheit der Böden zu tun haben. Die Wissenschaftler*innen, mit denen wir gesprochen haben, sind anderer Meinung.

Was war vor Red Bull hier?

P. L.: Nach der Wende hat sich ein Unternehmen namens Brandenburger Urstromquelle in Baruth niedergelassen.

Es bekam von der Stadt die Erlaubnis, 2,35 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr zu nutzen, hat diese Menge aber nie voll in Anspruch genommen. Vor ein paar Jahren hieß es, Brandenburger Urstromquelle sei pleite. Riesenkatastrophe. 200 Arbeitsplätze weg. Aber dann konnte Gott sei Dank Red Bull als Retter gewonnen werden. Alles falsch, haben wir in einem Fachjournal für Getränkeproduktion gelesen: Es gab keine Insolvenz. Rauch beziehungsweise Red Bull hat einfach so die Firma übernommen, die Arbeitsplätze waren nie in Gefahr. Rauch füllt in Baruth als Dienstleister Red Bull und wohl auch eigene Getränke ab. Das Ganze läuft wohl unter dem alten Namen Brandenburger Urstromquelle. Wir wissen nicht, was in den Verträgen mit der Stadt steht; wir wissen nur, dass der Vertrag zur Wassernutzung 25 Jahre läuft, also noch 22 Jahre. Und das zu Zeiten, in denen sich die Bedingungen durch den Klimawandel so stark ändern.

Was plant das Duo Red Bull/Rauch?

K. A.: Es ist ein Trio, die Firma Ball Packaging Europe will hier für Red Bull in einer neuen Fabrik Dosen herstellen. Von Baruth aus soll ganz Nord- und Osteuropa mit dem Zeug versorgt werden.

P. L.: Und damit sich das lohnt, wollen sie das Abfüllwerk um drei Strecken erweitern. Um neue, wesentlich leistungsfähigere. Und wo soll das hin? Ins Wasserschutzgebiet! Insgesamt 16 Hektar Wald wollen sie dafür roden! Aber diese Erweiterung hat das Oberverwaltungsgericht erst einmal gestoppt. Wobei es sich nicht auf die vielen Einwendungen der Naturschutzverbände und der Bürger*innen bezogen hat, sondern auf einen Formfehler. Das fragliche Gebiet war nämlich als Industriegebiet deklariert. Im Industriegebiet muss es aber einen Bereich geben, wo man unendlich laut sein darf, wo keine Lärmbegrenzung besteht. Das trifft hier nicht zu.

Sind die Fabrikerweiterung und das Dosenwerk jetzt vom Tisch?

P. L.: Nein. Aber zumindest bis zum Ende der Vegetationsperiode im Herbst passiert nichts. Das Hauptverfahren läuft weiter, erfolgreich war vorerst der Eilantrag. Die Stadt nennt das strittige Areal jetzt „Sondergebiet Getränkeproduktion“, um aus der Lärmkiste rauszukommen, sonst ändert sich wenig.

Winken der Stadt Baruth saftige Gewerbesteuererinnahmen durch den Dosendeal?

K. A.: In den nächsten Jahren sollen wir nichts erwarten, hieß es, weil Red Bull und Rauch irrsinnig viel investieren, was sie anrechnen können. Unser früherer Bürgermeister sagte 2023, man könne gar nicht sagen, ob da überhaupt je Geld reinkommt. Der Dosenhersteller sagt, dass ab der ersten hier produzierten Dose Gewerbesteuer fließt. Aber er sagt auch, dass es nicht annähernd so viel sein wird, wie Brandenburger Urstromquelle früher gezahlt hat. Baruth kriegt also vielleicht einen kleinen Obolus, der aber immer klein bleibt, weil die ständig irgendwo eine Dosenfabrik bauen und das gegenrechnen. Es ist halt nicht der regionale Mittelstand, der die Steuern ortsnahe bezahlt.

Wo kommen jetzt die Dosen her, wenn die Fabrik noch nicht steht?

K. A.: Die werden per Lkw aus Tschechien und der Schweiz transportiert. Wobei wir jetzt gelernt haben: Die Deckel werden weiterhin angeliefert, auch wenn die Fabrik hier produziert. Das lohnt sich, weil auf eine Deckelfabrik fünf Dosenfabriken kommen. Und noch besser: Im Jahr sollen 7.400 Tonnen Aluabfall anfallen. Das sei wie beim Plätzchenbacken, wurde uns erklärt. Man sticht diese runden Dinge aus und was übrig bleibt, muss wieder weggekartt werden.

Wie ist die Stimmung im Ort?

P. L.: Zunehmend positiv uns gegenüber. Gerade die älteren Leute erzählen, seit Brandenburger Urstromquelle hier produziert, ist es hier so trocken. Durch die Trockenheit des Bodens sinken viele Häuser ab, weil halb Baruth auf Eichenpfählen steht. Ob das mit dem Klimawandel oder der großen Wasserentnahme zusammenhängt, wissen wir nicht. Wahrscheinlich ist, dass sich beides addiert. Oder die Nachbarin, die sich daran erinnert, wie sie früher immer in Gummistiefeln in ihren Garten gegangen ist, weil es so sumpfig war. Heute weiß sie nicht, woher sie das Wasser zum Gießen nehmen soll.

Wie geht es jetzt weiter?

P. L.: Wir wollen ein neues Gutachten. Das alte, das die angebliche Unbedenklichkeit der Wasserentnahme von 2,35 Millionen Kubikmeter jährlich bescheinigt, stammt von 2006 und hantiert teilweise mit Daten aus DDR-Zeiten. Der Stadt haben wir vorgeschlagen, dass wir, BI und Stadt, gemeinsam ein Gutachten beauftragen. Wenn das gelingt, übernehmen wir auch einen Teil der Kosten. Außerdem fordern wir die Offenlegung der Verträge zwischen der Stadt und den beteiligten Unternehmen, um zu sehen, wie viel die für das Wasser zahlen!

Das Interview führte Sebastian Petrich

Zu den Personen



Foto: Jutta Abromeit



Foto: Carsten Strenne

Petra Liesenfeld und Klaus Axenknopf sind in der Bürgerinitiative Ressourcen-Bündnis Baruth aktiv.
www.rb-baruth.de

INFO

Umweltkarten

Wie sich Lärm, Abgase, Parks, Biotope und Hitzeinseln kleinflächig verteilen, zeigt der **Berliner Umweltatlas** unter www.kurzelinks.de/umweltatlas

Für **Brandenburg** gibt es Karten u. a. zu Verkehrsbelastungen, Überschwemmungsflächen, Biotopen, Schutzgebieten und Bodeneigenschaften unter kurzelinks.de/themenkarten

35 Jahre BUND Brandenburg

Seit dreieinhalb Jahrzehnten kämpft der BUND in Brandenburg für Umweltgerechtigkeit. Das wird gefeiert!

26.9.2026, 16–21 Uhr
Friedensaal der Friedenskirche Potsdam, Schopenhauerstraße 23,

Anmeldung gern unter
www.BUND-brandenburg.de/35jahre

Schluss mit Autobahn!

Häuser abreißen, Clubs vertreiben, ganze Kieze verlärmern, CO₂ ohne Ende ausstoßen, nur damit einige Autofahrer*innen schneller von A nach B kommen – wie ungerecht ist das denn?
Der nächste A100-Abschnitt nach Friedrichshain muss gestoppt werden, bevor er gebaut wird!

Podiumsdiskussion „Weiterbau der A 100?“

mit Kandidierenden zur Abgeordnetenhauswahl,
26.8.2026, 19:30 Uhr, Bühne 2 im Theater an der Parkaue, Parkaue 29, Berlin-Lichtenberg

Demo „A 100 wegbassen“ vom Ostkreuz zum Roten Rathaus,
12.9.2026, 13–20 Uhr
Start Neue Bahnhofstraße/Annemilr-Bauer-Platz

Ablenkmanöver Igel

Die Brandenburger Landesregierung setzt fragwürdige Prioritäten im Tierschutz. Das Thema Massentierhaltung klammert sie ganz aus.

Auf der Landestierschutzkonferenz im Mai stellte Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt (SPD) eine Kampagne zum Igelschutz vor. Sie soll Gartenbesitzer*innen davon überzeugen, Mähroboter nicht mehr nachts ihre Kreise ziehen zu lassen, damit Igel nicht von deren scharfen Klingen getötet oder verletzt werden. Weil die Mähroboter in der Tat ein ernstes Problem für Igel darstellen, hat der BUND einen offenen Brief des Deutschen Tierschutzvereins an Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) mitunterzeichnet, der ein Fahrverbot für Mähroboter von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis eine Stunde nach Sonnenaufgang fordert. Nun ist ein bundesweit geltendes nächtliches Mähverbot ein deutlich schärferes Schwert als eine regionale Sensibilisierungskampagne.

Das Hauptproblem der Igel ist aber, dass sie in der ausgeräumten, von intensiver Bewirtschaftung geprägten Agrarlandschaft ihre Nahrungsgrundlage verloren haben. Igel ernähren sich hauptsächlich von Insekten, Würmern, Schnecken und Spinnen. Diese Beutetiere kommen deutlich seltener vor als noch vor wenigen Jahrzehnten. Maßgeblich verantwortlich dafür ist der massive Einsatz von Insektiziden und anderen Pestiziden in der Landwirtschaft. Außerdem brauchen Igel Hecken, Feldraine, Brachen, Altgrasinseln und feuchte Senken als Deckung, Nistplätze und Winterquartiere. Wenn die



Nebulös: Soll im Kraftwerk Klingenberg Holz für Fernwärme verbrannt werden?
Foto: Sebastian Petrich



Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Zu viele Lücken: Der Plan zur künftigen Wärmeversorgung Berlins überzeugt nicht

Im Juni hat der Senat den Wärmeplan beschlossen. Dieser soll den Heizsektor, der für rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen in der Stadt verantwortlich ist, bis 2045 klimaneutral machen. In etlichen Gebieten ist die künftige Heiztechnik noch zu prüfen. Das erfordert viel Beratung und Abstimmung zwischen Senatsverwaltungen, Bezirksämtern und Netzbetreibern, unter anderem weil Zuständigkeiten für Gewässer, Tiefbau und Leitungen auf unterschiedliche Ebenen verteilt sind.

Aus diesen Herausforderungen leitet der Wärmeplan einen umfangreichen, aber unverbindlichen Maßnahmenkatalog ab: Fast alles steht unter Finanzierungsvorbehalt. Für mehr Personal gibt es kein Geld, obwohl klar ist, dass das vorhandene nicht alles stemmen kann. So werden die Bezirke nicht die ihnen zugedachten Aufgaben erledigen können: Gebiete mit Potenzial für neue Wärmenetze identifizieren, die eigenen Gebäude sanieren und an Wärmenetze anschließen, Wärmeprojekte der Bürger*innen begleiten und bezirkseigene Grundstücke für Geothermieprojekte einbringen.

Während in locker bebauten Gebieten eine dezentrale Versorgung meist mit Wärmepumpen geplant ist, sollen im dichter besiedelten Bereich mehr Häuser als bislang an die Fernwärme angeschlossen werden. Sie soll laut Wärmeplan bis 2045 fast 45 Prozent des Berliner Wärmebedarfs decken. Und zwar klimaneutral. Wie das gelingen soll, ist völlig unklar. Der neue „Dekarbonisierungsfahrplan“ des lan-

deseigenen Fernwärmeversorgers Berliner Energie und Wärme (BEW) präsentiert drei Szenarien. Eines setzt auf Wasserstoff als Energiequelle, das zweite auf Wärmepumpen, Power-to-Heat und Geothermie. Das dritte Szenario erweist sich nicht als durchdachter Kompromiss, sondern schlicht als rechnerisches Mittel der beiden anderen. Alle drei kommen nicht ohne klimaschädliche Biomasse- und Abfallverbrennung aus. Wasserstoff ist knapp, in der Fernwärme sollte er nur selten zum Einsatz kommen, wenn kurzfristige Spitzenlasten abgesichert werden müssen. Verheizt die Fernwärme im Regelbetrieb viel Wasserstoff, Biomasse und Abfall, ist sie eher Teil des Problems als Teil der Lösung.

Der Wärmeplan sieht zwar vor, den Gasverbrauch bis 2035 zu halbieren und bis 2045 auf unter drei Prozent zu drücken. Doch wie der Ausstieg aus den Gasverteilnetzen und der dezentralen Gasverbrennung konkret laufen soll, bleibt völlig offen. Eine weitere Leerstelle ist die Wärmedämmung. Eigentlich müssten weit über zwei Prozent der Wohnfläche jährlich energetisch saniert werden, um Berlin im „Paris-konform“ zu machen. Aktuell sind es nur 0,8 Prozent. Der Wärmeplan peilt 1,7 Prozent an und sieht kein Geld dafür vor. Der BUND findet: Der Senat muss die Defizite bei der energetischen Sanierung klar benennen und Instrumente entwickeln, um die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen. Kurz: Er muss eine verbindliche politische Strategie vorlegen.

Reparaturbildung an Schulen

Für ein neues Projekt entwickelt der BUND Lehrmaterial, Reparaturkoffer und -parcours, um verschiedene Reparaturtechniken im Unterricht zu etablieren. Dafür suchen wir Lehrer*innen und Eltern in Berlin und Brandenburg, die Lust haben, mit uns Jugendliche für das Reparieren zu begeistern. reparaturbildung@BUND-berlin.de

European Treetag 2026

Bäume sind großartig. Das wissen schon viele Menschen, aber es könnten noch mehr werden. Deshalb erstellen für den Aktionstag am 18.9.2026 Baumfans in ganz Europa Baumpässe (treetags) für einzelne Bäume. In Potsdam, Stahnsdorf und Teltow gibt es schon einige, in Berlin noch nicht. www.treetags.eu/de

INFO & MITMACHEN

Keine Entwarnung bei Kleingewässern

Für Amphibien bleibt die Lage in Berlin schwierig. Der BUND hat 2025 über 50 Kleingewässer in neun Bezirken untersucht, für deren Unterhaltung die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter zuständig sind. Dabei handelt es sich um Teiche, Pfuhe, Gräben und Wasserrückhaltebecken, die für Amphibien wichtig sind und deren Zustand in den Jahren zuvor negativ aufgefallen war. Dass Geld für Kleingewässerpflege hilft, zeigen die 80 Kleingewässer, für die die finanziell besser ausgestattete Senatsumweltverwaltung zuständig ist: 66 von ihnen bieten Amphibien zumindest theoretisch gute Bedingungen.

Mehr dazu im 5. BUND-Kleingewässerreport: www.BUND-berlin.de/kgwr

Großes Interesse an Grundwasser

Seit 2023 hat der BUND mit 71 neuen Grundwasserpat*innen 237 Proben an 77 Wasserpumpen in Berlin vorgenommen. An drei Viertel der untersuchten Grundwasserstellen wurden Kleinkrebse, Milben, Faden- und Ringelwürmer, Springschwänze, Ameisen und weitere Organismen gefunden. Alle 21 Dialogveranstaltungen stießen auf großes Interesse.

Die zentralen Erkenntnisse des nun abgeschlossenen Projekts Charmant (kurz für Charakterisierung, Bewertung und Management von urbanen Grundwasserleitern) fasst ein Poster zusammen: www.BUND-berlin.de/poster



Auf diesem begrünten Hügel plant der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein Schwimmbad. Dreist: Der Jelena-Santić-Friedenspark ist als Ausgleich für Versiegelung beim Bau des Einkaufszentrums „Helle Mitte“ entstanden. Zweieinhalb Kilometer südöstlich befindet sich das 2002 von den Bädern betriebene geschlossene und seither ungenutzte Wernerbad, eine Mischung aus Freibad und Natursee.

Foto: Sebastian Petrich

Abstimmung über die Stadtnatur

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 20. September entscheiden die Berliner*innen auch über den Erhalt ihrer grünen Orte. Den künftigen Regierenden gibt der BUND schon einmal Tipps, wie sie Grünflächenschwund und Wohnungskrise gleichermaßen beenden können. Wenn sie es denn wollen.

Wie halten es die vier im Abgeordnetenhaus vertretenen demokratischen Parteien mit dem Schutz der grünen Flächen in Berlin? Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt: Niemand wirbt direkt damit, grüne Flächen vernichten zu wollen. Aber es fällt auf, dass der Erhalt der Stadtnatur sehr unterschiedlich viel Raum einnimmt. Am allerwenigsten bei der **CDU**, die lediglich verspricht, die Zahl der Straßenbäume bis 2040 auf eine Million zu erhöhen. Ihr Beitrag zum Thema effiziente Flächennutzung: Sie will Supermärkte und andere Unternehmen dazu bringen, ihre Pkw-Stellplätze außerhalb der Geschäftszeiten kostengünstig für Autobesitzende in der Nachbarschaft zur Verfügung zu stellen.

Die **SPD** geht schon etwas mehr ins Detail. Dabei bleiben Widersprüche nicht aus. Einerseits bekennt sie sich zum Ziel Netto-Null-Flächenversiegelung und kündigt an, beim Wohnungsneubau künftig bereits versiegelte Flächen zu priorisieren. Andererseits hält die SPD an den 24 neuen Stadtquartieren fest, die zu großen Teilen auf unversiegelten Flächen entstehen sollen (zum Beispiel Dreieck Späthsfelde auf strukturreichen Grünflächen, Stateingang West auf Kleingärten und Bahnwildnis oder Schönerlinder Straße/Alte Schäferei auf landwirtschaftlicher Nutzfläche).

BUND-Forderungen zum Flächenschutz

So bleibt die Stadt grün

Sollte sie grundsätzlich bereit sein, die grünen Flächen in Berlin zu erhalten, könnte sich die nächste Koalition an der Gebrauchsanweisung zum Flächenschutz orientieren, die der BUND im Rahmen der Kampagne „Grüne Flächen retten – Hitzeschutz jetzt!“ entwickelt hat. Zunächst kommen die planerischen Werkzeuge zum Einsatz: Das Land sichert alle Parks, Grünanlagen, Kleingärten, Gewässerufer, Friedhöfe, Wälder, Landwirtschaftsflächen, Bahnbrachen, naturschutzrechtlich geschützten Flächen, Orte der Umweltbildung und die 20 Grünen Hauptwege über den Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm. Der aus West-Berliner Zeiten stammende Baunutzungsplan kommt in die Tonne. Grünflächen, die zu klein sind, um im Flächennutzungsplan dargestellt zu werden, gilt es über Bebauungspläne zu sichern. Das gilt besonders für die Kleingärten auf privatem Grund, die vom Kleingartenflächensicherungsgesetz nicht erfasst sind. Auch den

Friedhofsentwicklungsplan passt Berlin an. Die im Landschaftsprogramm als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet dargestellten Flächen müssen endlich rechtlich verbindlich gesichert werden.

2024 haben Berliner Bauämter 618 neue Ein- oder Zweifamilienhäuser genehmigt. Diese flächenverschwendende Praxis widerspricht den Vermeidungs- und Minimierungsgeboten des Baugesetzbuchs und des Bundesnaturschutzgesetzes und wird daher beendet. Beschleunigte Bebauungspläne soll es nur dann geben, wenn sie nicht mit Eingriffen in die Natur verbunden sind. Normalerweise werden Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan abgeleitet. Berlin muss sich dafür einsetzen, die im Baugesetzbuch vorgesehene Ausnahme abzuschaffen, nach der der Flächennutzungsplan nachträglich an Bebauungspläne angepasst wird.

Mehr Menschen brauchen mehr Natur

Steigende Einwohnerzahlen sind kein Argument für weniger, sondern für mehr grüne Orte. Längst nicht alle Berliner*innen erreichen eine begrünte Fläche nach 500 Metern Fußmarsch. In unversorgten Vierteln sollen die Bezirke Flächen identifizieren, die sie

schnell entsiegeln und bepflanzen lassen können. Neu bebaute Grundstücke müssen künftig einen Mindestanteil grüner Fläche enthalten. Wird Boden versiegelt, muss an anderer Stelle in gleicher Größe entsiegelt werden.

Die **Grünen** kündigen für den Regierungsfall ein „umfassendes Entsiegelungsprogramm“ an, um das Ziel der Netto-Null-Versiegelung möglichst schnell zu erreichen. Dabei haben sie überdimensionierte Straßen, Außenanlagen von kommunalen Gebäuden und Hinterhöfe im Blick. Vor allem bislang unterversorgte Quartiere wollen sie mit Miniparks und weiterer Begrünung kühlen, bestehende Grünanlagen und Kleingartenanlagen versprechen sie dauerhaft zu sichern.

Auch die **Linke** will spätestens bis 2030 die Netto-Null-Versiegelung erreichen. Sie nennt explizit die wichtigsten Kategorien von Freiflächen, die es planerisch zu sichern gilt. Sowohl den Flächennutzungsplan von 1994 als auch den West-Berliner Baunutzungsplan von 1960 möchte sie gründlich überarbeiten.

So weit die grundsätzlichen Aussagen. Nun zu dem einen konkreten Fall, der in allen vier Wahlprogrammen vorkommt, weil er politisch maximal aufgeladen ist: das Tempelhofer Feld. Die **CDU** will es an den Rändern bebauen und droht auch für das Innere eine „Weiterentwicklung“ an. Die **SPD** scheut die Festlegung. Für sie kommen „Wohnungen am Feldrand nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin ungenutzt sind“ (was auch immer das konkret bedeutet). Wenig überraschend wollen die **Grünen** das Tempelhofer Feld ebenso in der heutigen Form erhalten wie die **Linke**, die es als Grünfläche ausweisen möchte.

Mehr Wohnungen heißt nicht mehr Versiegelung

Als Erstes braucht Berlin ein Register, das den Bestand und die Nutzung aller Gebäude erfasst. Nur so kann der Senat wissen, wie groß der Bedarf für Neubau wirklich ist. Im zweiten Schritt gilt es leerstehende Gebäude nutzbar zu machen – sowohl öffentliche als auch private. Der Betrieb illegaler Ferienwohnungen darf sich ebenso wenig lohnen wie spekulativer Leerstand. Einstöckige Neubauten, etwa für Discounter, werden nicht mehr genehmigt, Aufstockungen dagegen erleichtert. Bei der Nachverdichtung sorgen Bebauungspläne oder Auflagen in der Baugenehmigung für genügend Grünflächen. Das Land schafft Anreize dafür, leerstehende Büroräume, Ein-

kaufszentren und Industriegebäude in Wohnraum umzuwandeln. Last but not least: Bevor Baubehörden Abriss genehmigen, prüfen sie, ob das Gebäude anderweitig genutzt werden kann. Das spart nicht nur die graue Energie, die im Bestandsgebäude steckt, sondern bremst auch die Immobilienpreise, die durch Neubau befeuert werden. Wenn der nächste Senat all diese Punkte beherzigt, ist ein großer erster Schritt zur Rettung der Berliner grünen Freiflächen getan.

Machen Sie mit dem BUND gemeinsam Druck, zeichnen Sie jetzt die Petition „Grüne Flächen retten – Hitzeschutz jetzt!“

www.gruene-flaechen-retten.de



Sie haben schon unterschrieben? Hervorragend.

Dann werben Sie im Bekanntenkreis, reden Sie mit Freund*innen und Kolleg*innen, machen Sie die Rettung der grünen Flächen zum Topthema in Berlin!



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH



Pro-Demokratie-Demo vor der Europawahl 2024 in Berlin
Foto: Björn Obmann/BUND Berlin

Wissen ist Macht: Gemeinsam gegen den Rechtsruck

Schwarz zu Blau

In Sachsen-Anhalt steht im September 2026 die Landtagswahl an. Schon jetzt zeigen die Umfrageergebnisse deutlich: Die AfD hat ihre braune Nase erschreckend weit vorn und ist mit 41 Prozent die stärkste Partei, wie eine Umfrage von Infratest dimap erkennen lässt.

Können Berliner*innen sich gelassen zurücklehnen und davon ausgehen, dass ihnen der Rechtsextremismus in ihrer bunten Hauptstadt gelebter Multikultur nichts anhaben wird? Ein Blick auf die Umfragen vor der Abgeordnetenhauswahl im September lässt daran zweifeln. In mehreren Sonntagsfragen erreichte die AfD in Berlin rund 18 Prozent, was in einem Fall sogar für Platz zwei knapp hinter der CDU reichte.

Das Erstarken der AfD macht sich zunehmend durch rassistische Äußerungen und Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund auf offener Straße bemerkbar. Faschist*innen und Neonazis in ganz Deutschland schrecken immer weniger davor zurück, ihre Anfeindungen öffentlich zu zeigen. Sie pöbeln, beleidigen, rauben und schlagen zu. Ihr Handeln wird durch Werte motiviert, die wir als BUNDjugend in keinem Fall teilen.

Rechtsextremismus: Nein Danke

Aus diesem Grund wollen wir etwas verändern. Wir wollen den Rechtsruck stoppen und wir wollen verhindern, dass die AfD immer mehr Wähler*innen für sich gewinnt. Keine Frage, dass das große Ziele sind. Und auch wenn es schade ist, müssen wir uns nichts vormachen: Einen gesellschaftlichen Wandel werden wir als BUNDjugend wohl nicht herbeiführen. Aber wir können sehr wohl einen Beitrag im Widerstand gegen die extremen Rechten leisten, um dem Rechtsruck einen Stein mehr in den Weg zu legen.

Im Frühjahr formte sich mit Blick auf die steigende Beliebtheit der AfD im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl in der Berliner BUNDjugend die konkrete Idee einer Workshop-Reihe. Sie trägt den Namen „Rechtsextremismus: Nein Danke“ und landete mit ihrer ersten Veranstaltung am 11. Juni einen vollen Erfolg. Der Referent unserer Wahl war Andreas Hövermann, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter im gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut an der Hans-Böckler-Stiftung tätig ist. Leider konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht vor Ort sein – wir vermuten, dass er sich beim Stolpern über folgendes Zitat von AfD-Politiker Maximilian Krah eine Verletzung zugezogen hat: „Echte Männer sind rechts. Echte Männer haben Ideale. Echte Männer sind Patrioten. Dann klapp't's auch mit der Freundin!“

Die Frage der Migration

Jedenfalls konnte er (Andreas Hövermann, nicht Maximilian Krah – wobei das sicherlich auch interessant geworden wäre) am Tag des Workshops nur online teilnehmen. Andreas Hövermann stellte uns seine Studie über „Die Verdopplung des AfD-Elektorats“¹ vor und gab uns Einblicke in die Charakteristik der AfD-Wählenden und die Gründe, aus denen sie der AfD ihre Stimme geben. Unser ganz besonderes Interesse galt dabei einer Tabelle, in der die Top-5-Themen unter verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen der Wählenden verglichen wurden. Also: Was beschäftigt Frauen und Männer, den Westen und den Osten, Menschen mit und ohne Hochschulreife oder junge und alte Menschen am stärksten? Zu niemandes Überraschung hält sich das Thema Zuwanderungsbegrenzung bei allen untersuchten Wählenden-Gruppen, ausgenommen derer mit Migrationshintergrund, ungeschlagen an erster Stelle. Dabei sind Stammwähler*innen deutlich negativer und abwertender der Migrationsthematik gegenüber eingestellt als AfD-Neuwählende. Andreas Hövermann erklärte uns deshalb, dass es sich bei einer Wahlentscheidung für die AfD wohl kaum um eine reine Protestwahl handelt. Vielmehr sollte davon ausgegangen werden, dass die AfD gerade wegen und nicht trotz ihrer migrationsfeindlichen Positionen gewählt wird.

To be continued ...

Wie bereits erwähnt, handelte es sich bei diesem Workshop um den ersten aus der Reihe „Rechtsextremismus: Nein Danke“. Also gräme dich nicht, wenn du ihn verpasst hast. Es folgen weitere Veranstaltungen und die nächste ist bereits für Ende August/Anfang September angesetzt. In Vorbereitung auf die Abgeordnetenhauswahl werden wir in Kooperation mit dem bundesweiten BUNDjugend-Projekt „Systeme umpflügen – reboot food“ eine Podiumsdiskussion veranstalten. Dabei wollen wir mit Vertreter*innen aus verschiedenen Bereichen über Ernährung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in der Stadt ins Gespräch kommen. Auch die Verbindung von Rechtsextremismus zu Ökologie und Landwirtschaft werden wir gemeinsam diskutieren.

Alle wichtigen Infos dazu findest du auf unserer Website unter www.BUNDjugend-berlin.de. Wir machen aber auch immer kräftig Werbung auf unserem Instagram-Account. Lass uns also gemeinsam aufklären und diskutieren, damit die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 nicht genauso blau sein wird wie halb Berlin am 1. Mai.

Elena, Praktikantin
bei der BUNDjugend Berlin

¹ Hövermann, Andreas (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats – Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020-2025, WSI Study Nr. 42, Düsseldorf, 70 Seiten
www.kurzlinks.de/hoevermann2025

Rechter Terror auf der Straße



Foto: Rebekka Schwarzbach

Wie nötig das Aufstehen der Zivilgesellschaft gegen rechts ist, zeigt sich in Cottbus. Dort haben in den letzten Wochen mutmaßliche Rechtsextremist*innen mehrere vermeintlich oder tatsächlich linke Orte angegriffen. In der Bildmitte der BUNDjugend-Aktive Bastian Ascher bei einer spontanen Kundgebung am 4. Juli in Cottbus.

short-url.cc/cottbusgemeinsam



Vor 250 Millionen Jahren war hier Meer: Salzwiese zwischen Storkow und Wolchowsee

Große und kleine Vögel schauen

Mit etwas Glück zeigen sich Fischadler und Flusseeeschwalben bei der Radtour rund um die Groß Schauener Seenkette bei Storkow

Wir wollen ja nicht drängeln, aber wenn Sie dieses Jahr noch Fischadler beobachten wollen, sollten Sie sich ein bisschen beeilen: Im Lauf des Septembers machen sich diese in Brandenburg brütenden Greifvögel auf den Weg nach Nord- und Westafrika. Glücklicherweise gibt es im Naturpark Dahme-Heideseen ein Naturschutzgebiet, das alles hat, was Fischadler brauchen: fischreiche Gewässer, gesäumt von bewaldeten Uferregionen. Und was radelnde Naturerlebende schätzen: Bahnanschluss, ausgeschilderte (teilweise asphaltierte) Wege, Aussichtspunkte und Badestellen.

Nach der Ankunft in Storkow folgen wir dem Wochowseer Weg Richtung Schaplowsee. Wo er auf den Schaplower Weg trifft, müssen wir uns entscheiden, in welche Richtung wir um die Kette von Schaplowsee, Groß Schauener See, Großer Wochowsee, Bugker See und Schweriner See radeln wollen. Wer schon Hunger, aber keinen Proviant hat, wählt die Variante gegen den Uhrzeigersinn, denn die beiden einzigen Einkehrmöglichkeiten auf der Rundtour befinden sich am Ostufer des Groß Schauener Sees, rund drei Kilometer westlich von Schwerin.

Von der Badestelle geht es nun westwärts über Kurtmühle nach Schwerin. Der anfangs noch asphaltierte Weg mutiert bald zum eher mühevoll befahrbaren Pfad, dafür nimmt die Menschendichte deutlich ab. Die Belohnung wartet einen halben Kilometer hinter Kurtmühle: eine befestigte Fahrradstraße und am Dobrasee die wohl schönste Badestelle der Tour. Wer hier ins Wasser steigt, schwimmt in Gesellschaft von Blässhühnern, Haubentauchern und Teichrohrsängern. Ab dem 106-Seelen-Örtchen Schwerin könnte

Strand-Dreizack. Man sollte sich hier aber nicht zu sehr auf die terrestrischen Lebewesen konzentrieren, sonst verpasst man möglicherweise Interessantes in der Luft. Plötzliches Flügelschlagen, die Umrissse von zwei Greifvögeln verschwinden über den Wipfeln des Erlenbruchs am Ufer. Sind das schon die versprochenen Fischadler? Es könnten auch Schwarzmilane sein, die ebenfalls im Naturschutzgebiet Groß Schauener Seenkette zu Hause sind.

Am Rande der Siedlung Wolchowsee biegen wir im spitzen Winkel ab in Richtung Bugk. Rechter Hand das nahezu undurchdringliche Grün eines Laubwalds, linker Hand weitläufige Wiesen. In Bugk erreichen wir die erste Badestelle, die einen weiten Blick auf den gleichnamigen See erlaubt. Falls Baden keine Option ist, könnten Sie einen kurzen Abstecher zum Aussichtspunkt der Bugker Sahara, einer beeindruckenden Sandtrockenrasenlandschaft, in Erwägung ziehen (vom Dorf kern etwa einen halben Kilometer auf der Dorfstraße nach Osten).

Vom gesperrten Aussichtsturm führt ein Naturlehrpfad zur Fischerei Köllnitz mit Imbiss und Infocentrum der Sielmann-Stiftung. Am Nordufer der Seenkette, schon wieder in Sichtweite des Storkower Bahnhofs, steht ein intakter Aussichtsturm, der einen letzten Weitblick über die Seenlandschaft gestattet. sp

man auch die Kreisstraße nordwärts radeln. Mehr von Flora und Fauna sehen wir aber, wenn wir bei erster Gelegenheit, rund anderthalb Kilometer nach der Dorfmitte, rechts abbiegen. Durch Wald und Wiesen geht es immer so nahe wie möglich am Schweriner See entlang, bis der Seeweg nach Selchow führt. Umfahren lässt sich dieses Dörfchen nicht; mit dem Weidenweg führt aber ein Stichweg zum Ufer des Großen Selchower Sees, wo eine Bade- und Vogelbeobachtungsstelle lockt.

Der beste Beobachtungspunkt fehlt leider derzeit: Der Aussichtsturm nördlich von Selchow ist seit Mai geschlossen, weil Mängel in der Holzkonstruktion gefunden wurden. Dennoch lohnt es sich, von der Kreisstraße entlang einer Feldhecke zum Uferweg zu radeln und den Himmel über dem See, dem Röhricht und den Wiesen zu beobachten. Neben dem Fischadler sucht ein weiterer und stark gefährdeter Zugvogel neuerdings die Groß Schauener Seen zur Brutzeit auf: die Flusseeeschwalbe. 43 frisch geschlüpfte Küken und 26 Eier zählte die Sielmann-Stiftung in der Saison 2026, das lässt auf 34 Brutpaare schließen. Was im See silbrig schimmert, sind übrigens vier künstliche Inseln, auf denen Flusseeeschwalben ungestört nisten können.

Vom gesperrten Aussichtsturm führt ein Naturlehrpfad zur Fischerei Köllnitz mit Imbiss und Infocentrum der Sielmann-Stiftung. Am Nordufer der Seenkette, schon wieder in Sichtweite des Storkower Bahnhofs, steht ein intakter Aussichtsturm, der einen letzten Weitblick über die Seenlandschaft gestattet. sp



Das Fernglas am besten griffbereit: Rast am Großen Selchower See

In der Baumart geirrt: Der Stichweg zum Großen Selchower See heißt Weidenweg
Fotos: Sebastian Petrich

Anreise:
RB36 nach Storkow
Radrundtour ohne
Abstecher: 25 km

www.dahme-heide-seen-naturpark.de

BUND UNTERSTÜTZEN

Mit Ihrer Mitgliedschaft im BUND und Ihrer Spende helfen Sie, politisch und finanziell unabhängige Umwelt- und Naturschutzarbeit in Berlin & Brandenburg zu sichern. Spenden und Erbschaften an den BUND sind zudem steuerlich begünstigt.

Mitglied werden:
Einfach Formular online ausfüllen
www.mit Helfen.net

Spendenkonto
BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE55 3702 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN: DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND
sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie unsere Infomaterialien an:
erbschaftsratgeber@BUND-berlin.de

IMMER AUF DEM LAUFENDEN

BUND-Newsletter:
www.BUND-berlin.de/service/newsletter



BUND-Berlin SIGNAL-Gruppe:
www.BUND-berlin.de/signal

Weitere Social-Media-Angebote sind auf unserer Webseite
www.BUND-berlin.de
www.BUND-brandenburg.de

TERMINE

BUNDjugend Berlin

Entdecke die Natur vor deiner Haustür

22.8.2026–23.8.2026, jeweils ab 10 Uhr, 30 EUR
Naturpädagogikworkshop: Mit ein bisschen Hintergrundwissen über unsere Umwelt können Spaziergänge zu einem Erlebnis werden. Gemeinsam vertiefen wir unsere Verbindung zur Natur und lernen, wie wir die Begeisterung und Schützenswürdigkeit der Natur an junge Menschen vermitteln können.

Quiet mind. Open heart. Wild body.

12.9.2026, 10–17 Uhr, 15 EUR
Im Plänterwald lernst du, deine Neugier, das „Gefühl von Zuhause“ in der Natur und deine Verbindung zu ihr zu stärken. Erfahre, wie du mit Methoden der Wildnispädagogik deine Begeisterung an junge Menschen weitergeben kannst (in Zusammenarbeit mit der Wildnisschule Wolf und Waldkauz).

Internationale Jugendbegegnung

Ende September in Frankreich Du bist zwischen 18 und 27 Jahre alt und hast Lust, neue Menschen aus verschiedenen Ländern zu treffen? Dann komm mit nach Frankreich! Infos findest du auf unserer Website.

Decolonize Bildungsarbeit: Gegen koloniale Kontinuitäten

26.9.2026 ab 10 Uhr, kostenlos
Wie zeigen sich koloniale Denkweisen in unserem Bildungssystem? Wie können wir dem entgegenwirken? Komm vorbei und finde es heraus.

Internationale Jugendbegegnung „Tell your Story“

Anfang/Mitte Oktober Du bist zwischen 18 und 27 Jahre alt und hast Lust, neue Menschen aus verschiedenen Ländern zu treffen? Dann komm mit! Mehr Infos findest du auf unserer Website.

Jugendleiter*innen-Schulung

An drei Wochenenden im **November und Dezember** lernst du, wie du Jugendgruppen in Camps, Jugendzentren oder Workshops anleitest. Was für Situationen können vorkommen und wie gehst du mit ihnen um?

BUNDjugend Brandenburg

Naturpädagogik-Fortbildung in Biesenthal

25.–27.9.2026
Ab 16, auch als Auffrischung für Juleica und Erzieher*innen/Lehrkräfte

Herbstwildniscamp in Kienitz

18.–24.10.2026
Abenteuer Natur: Herbst
19.–23.10.2026
Ferienwoche in Potsdam für Kinder 6–11 Jahre

Weitere Termine und alle Infos unter: www.BUNDjugend-berlin.de/veranstaltungen • www.BUNDjugend-brandenburg.de/veranstaltungen



Was will die Gemeine Rollassel?
Foto: Holger Krisp (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de>)

Was wäre, wenn alle Lebewesen gleiche politische Rechte hätten? Welche Interessen würden sie artikulieren, wenn sie könnten? Und welche Kompromisse zum Wohle aller könnte ein Parlament der Arten beschließen, in dem Tiere, Pflanzen und Pilze vertreten sind? Dieses Gedankenexperiment hat die Künstler*innengruppe Club Real durchgespielt. Auf einer urbanen Wildnisfläche in Gesundbrunnen hat sie die Berliner Organismendemokratie etabliert.

Zunächst ermittelte eine „Volkszählung“ durch Fachleute 22 Wirbeltierarten, 22 Weichtiere und Würmer, 125 Gliederfüßer, 38 Gehölze und Kletterpflanzen, 40 Kräuter und Gräser, 93 Pilze, Moose und Flechten sowie 85 Bakterien, Einzeller

und Viren auf dem „Staatsgebiet“. Unter ihnen werden jedes Jahr 15 für das Parlament ausgelost. Für die ausgewählten Arten sprechen Menschen, die die Interessen „ihrer“ Spezies artikulieren. Sie befassen sich etwa damit, ob Bäume zurückgeschnitten werden sollen, um anderen Pflanzen mehr Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Oder ob sich Menschen beim Betreten des Geländes rücksichtsvoller verhalten sollen, wie es ein Schmetterling fordert.

In den vergangenen Jahren hatten die Parlamentarier*innen unter anderem Maßnahmen zum Minderheitenschutz und Asyl für bedrohte Arten beschlossen. Da wundert es nicht, dass die AfD und das Hetzportal Nius das Projekt angriffen (Aufhänger war eine

kurzzeitige Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung). Was die vertretenen Arten von ihrem Parlament halten, lässt sich leider nicht ermitteln. Klar ist aber, dass wir Menschen dadurch eine Menge lernen. Etwa uns von dem einseitigen Blick zu lösen, der Arten nur als Ressourcen oder Störfaktor betrachtet. Vor allem aber, uns in andere Positionen hineinzudenken, andere Perspektiven zu akzeptieren – davon können menschliche Diskussionskultur und Demokratie nur profitieren.

Führung buchen:
info@organismendemokratie.org
Jenseits der Natur, Osloer Straße 107/108

www.organismendemokratie.org

Umwelt(un)gerechtigkeit in Zahlen

Was die Hitzewelle im Juni 2026 gebracht hat

Neuer deutschlandweiter Hitzerekord: **41,7 °C**

in Coschen (Brandenburg)

Neuer Berliner Hitzerekord: **39,9 °C** in Tempelhof

Heißester Juni seit Beginn der Messungen

in **9** europäischen Ländern

Wie viel mehr Menschen über 65 in den Jahren 2017–2021 gegenüber 2000–2004 durch Hitze gestorben sind

Weltweit: **85 %**

Wie viele Menschen jährlich in Deutschland hitzebedingt gestorben sind

2017:	1.500
2018:	8.400
2019:	7.000
2020:	3.900
2021:	1.800
2022:	4.700
2023:	3.000
2024:	3.000

Wie viele Menschen in Deutschland 2026 bislang hitzebedingt gestorben sind

Bis einschließlich 28. Juni: **5.210**

Wie viele Menschen in Berlin von Umweltungerechtigkeit betroffen sind

Fünffache Belastung*:	24.229
Vierfache Belastung:	196.799
Dreifache Belastung:	682.754
Zweifache Belastung:	700.806
Einfache Belastung:	1.012.458
Keine Belastung:	1.261.054

*Fünffache Belastung bedeutet: Wohnort mit schlechten Werten bei Hitze, Versiegelung, Lärm, Abgasen und mit sozialer Benachteiligung

Wer wie viel für Grundwasser zahlt

Entnahme in Berlin (Zweck egal):	31 Cent/m³
Für Trinkwasserversorgung in Brandenburg:	10 Cent/m³
Für industrielle Prozesse in Brandenburg:	? Cent/m³ *
Für Bergbau in Brandenburg:	0,0 Cent/m³
Für Landwirtschaft in Brandenburg:	0,8 Cent/m³

*unbekannt, weil Verträge geheim

Wie viele Menschen keinen angemessenen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben

Weltweit **2,2 Mrd.**

Quellen: kachelmannwetter.com, Weltwetterorganisation (WMO), Weltgesundheitsorganisation (WHO), Robert-Koch-Institut, Senatsumweltverwaltung (Berliner Umweltatlas 2023/24), BUND (Recherche Wasserentnahmestellen in den Ländern, 2025), BUND/Heinrich-Böll-Stiftung (Wasseratlas 2025)



Olympia oder Wald?
Der Kienberg in Marzahn
Foto: Sebastian Petrich

DEN KIENBERG VOR OLYMPIA RETTEN

Na klar, gaaaaanz nachhaltig werden die Olympische Spiele in Berlin. Falls sie kommen. In ihrem Konzept haben die Eventplaner*innen neben schönen Bildern und nichtssagenden Phrasen immerhin eine aufschlussreiche Information versteckt. Rund um den 102 Meter hohen Kienberg in Marzahn sollen die Mountainbike-Wettbewerbe stattfinden. Das bedeutet, dass für die Strecke und die Zuschauerbereiche junger Wald, der als Kompensationsmaßnahme für anderswo zerstörte Stadtnatur angelegt wurde, gerodet werden muss. Auf der neun Hektar großen Fläche hat das Landesunternehmen Grün Berlin in den letzten Jahren für 4,7 Millionen Euro 13.000 Bäume gepflanzt. Die sind dem zweiwöchigen Sportspektakel im Weg.

Finden Sie das auch ein bisschen ungerecht gegenüber der Stadtnatur und gegenüber uns Berliner*innen? Dann werden Sie jetzt aktiv:

Schützen Sie Berlin vor Olympischen Spielen 2036, 2040 oder 2044: Unterschreiben Sie das Volksbegehren NOlympia!

Das dürfen alle, die 16 Jahre oder älter sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und seit mindestens drei Monaten in Berlin mit alleinigem Wohnsitz oder Hauptwohnsitz gemeldet sind. Sie haben schon unterschrieben? Sehr gut, dann sammeln Sie weitere Unterschriften!

Download Unterschriftslisten:
www.nolympia.berlin/volksbegehren



Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e. V.
Crellestraße 35 • 10827 Berlin
www.BUND-berlin.de



Landesverband Brandenburg e. V.
Mauerstraße 1 • 14469 Potsdam
www.BUND-brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0
redaktion@BUNDzeit.de
anzeigen@BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht zwingend die Meinung
des BUND wieder.

Druck

Möller Pro Media GmbH
www.moellerpromedia.de

Gestaltung

www.sujet.de

Erscheinungsweise:
vierteljährlich, der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten



www.BUNDzeit.de